konservatives Kommissionsmitglied kam auf den Vergleich zwischen direkten und indirekten Steuern zurück. Wollte man die 200 000 reichsten Leute so anfassen, daß ihre Existenz gefährdet würde, dann würden sich diese Leute ein Billett erster Klasse nehmen und ins Ausland fahren. Deshalb dürfe man bei den Steuergesetzen diese Kreise nicht allzu scharf anfassen. Zur Abstimmung standen drei Entwürfe: Die Banderole der Regierung mit 77 Millionen, der Wertzuschlag der Subkommission mit 36 bezw. 30 Millionen und der Antrag Weber-Mommsen mit 40½ Millionen. Der Antrag Weber-Mommsen wurde mit 21 Stimmen gegen die 7 Stimmen der Nationalliberalen und Freisinnigen abgelehnt. Der Antrag der Subkommission wurde mit 16 Stimmen des Zentrums, der Konservativen, der Reichspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung angenommen. Ueber die Regierungsvorlage wurde nicht abgestimmt. Die Banderolensteuer ist aber damit noch nicht endgültig erledigt. Die Abstimmung über den Entwurf der Subkommission wurde namentlich nur als eine vorläufige betrachtet und er soll nunmehr zunächst in seinen Einzelheiten durchberaten werden. Sollte diese Beratung kein positives Ergebnis haben, so kommt man vielleicht doch noch auf die Banderole zurück. Die Beratung des Entwurfs der Subkommission beginnt in der morgigen Sitzung.

Zur Reichsfinanzreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der konservative Reichstagsabgeordnete Pauli-Potsdam veröffentlicht in der „Potsdamer Tagesztg." eine längere Erklärung, die mit folgenden Sätzen schließt: Ich kann die Verantwortung und das Odium nicht auf mich laden, durch eine ablehnende Haltung gegenüber der Erbschaftssteuer mit dazu beigetragen zu haben, daß die Finanzreform zu Fall kommt. Ich werde deshalb für die Erbschaftssteuer stimmen. Die Gefahr ist groß. Das deutsche Volk wartet auf die erlösende Tat. Möge man an maßgebender konservativer Stelle bald einsehen, daß es hierbei weniger auf Prinzipien ankommt, sondern daß höhere Ziele in Frage stehen. Nur dieses hohe Ziel im Auge habend, kann die erlösende Tat vollbracht werden.

Köln. (Priv.-Tel.) Der Westfälische Bauernverein hat dem Reichskanzler und dem Reichstage einen Protest gegen die Erbschaftssteuer zugehen lassen, der etwa 40 000 Unterschriften trägt, u. a. ist die Erklärung unterzeichnet von den früheren Landwirtschaftsministern und Ehrenmitgliedern des Vereins, Freiherrn v. Hammerstein-Loxten und v. Podbielski.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die gestrige Konferenz beim Reichsschatzsekretär, an der die Oberbürgermeister der Großstädte, Vertreter der Wissenschaft, wie Professor Dr. Adolf Wagner und eine Reihe von Kommissaren der einzelnen Bundesstaaten, insbesondere auch Preußens, teilnahmen, beschäftigte sich eingehend mit der Reichswertzuwachssteuer. Die Beratungen fanden nach einer eingehenden Generaldebatte an der Hand eines sehr umfangreichen Fragebogens statt. Man gelangte zu dem fast einmütigen Ergebnis, daß die Frage der Reichswertzuwachssteuer zurzeit noch lange nicht genügend geklärt sei, um mit einer Vorlage an den Reichstag heranzutreten, daß ferner zweifellos die Erträgnisse der Steuern überaus großen Schwankungen unterliegen würden und die Steuer bei günstigster Schätzung höchstens 12½ Millionen, bei noch optimistischerer und besonders günstiger höchstens 20 Millionen bringen würde.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die dritte Beratung des Etats fort. Erledigt wurden die Etats des Aeußeren, der Domänen, der Forsten, der Ansiedlungskommission, der Landwirtschaftlichen Verwaltung, der Verwaltung für Handel und Gewerbe und der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Bei letzterer teilte Minister Delbrück auf eine Anfrage mit, daß die Untersuchung über das Radboder Grubenunglück noch nicht abgeschlossen sei. Beim Etat des Innern wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt. Vorher Besoldungsvorlagen.

Die Affäre Hammann.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Anklagesache gegen den Wirkl. Geh. Legationsrat Hammann wegen Meineids wird jetzt der Wortlaut des Beschlusses veröffentlicht, durch den unterm 20. April die Erhebung der öffentlichen Anklage angeordnet worden ist. Der Beschluß lautet: Nach den angestellten Ermittlungen liegen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vor, daß auch die „Einlassungen" des Beschuldigten nicht glaubwürdig sind, zumal da die von ihm unterm 2. Mai 1903 vor dem Königl. Amtsgericht Charlottenburg vorgelegte Versicherung an Eidesstatt wissentlich falsch abgegeben erscheint, daß ferner aus dem vorliegenden Sachverhalt sich auch die verständigen Motive für den dem Beschuldigten vorgeworfenen Meineid ergaben, daß somit genügend Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Anklage vorliegt und demgemäß der gestellte Antrag für begründet zu erachten ist. Aus diesen Gründen und in Gemäßheit der §§ 168, 171, 152 und 173 der Strafprozeßordnung wird die Erhebung der öffentlichen Anklage gegen den Wirklichen Geh. Legationsrat Dr. Hammann zu Berlin wegen der Beschuldigung: „Zu Berlin am 17. Oktober 1903 vor dem beauftragten Richter der 4. Zivilkammer des Königl. Landgerichts II wissentlich ein falsches Zeugnis mit seinem Eide bekräftigt zu haben", angeordnet.

Die Bewegung unter den französischen Postbeamten.

Paris. (Priv.-Tel.) Der Generalstreik der Post- und Telegraphenbeamten und Telephonisten soll für morgen erklärt werden, falls heute nicht das Ministerium gestürzt oder sämtliche Forderungen der Streikenden erfüllt werden. Der Streik wird jedoch voraussichtlich nicht allgemein sein.

Paris. Die Deputiertenkammer beriet die von den Sozialisten Willm und Sembat eingebrachte Interpellation über die Postbeamten. Sembat warf der Regierung vor, daß sie gegen die Postbeamten wegen Tatsachen vorgegangen sei, die nicht mit dem Dienste zusammenhingen. Deschanel sagte, wenn in der gegenwärtigen Krisis die Postbeamten den Gehorsam verweigerten, so komme dies daher, daß die öffentliche Gewalt zu regieren vergessen hätte, und verlangte ein Statut, das den Beamten Garantie gewähre und Ordnung und Sicherheit im Staate schaffe.

Eine Proklamation Mehmeds V.

Konstantinopel. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Proklamation, die besagt, daß der Sultan hoch befriedigt und stolz sei über die Gefühle der Liebe und des außerordentlichen Respekts, die ihm die Minister, Senatoren, Deputierten, die Armee und Marine, die Ulemas, Scheiks, Kirchenoberhäupter und alle Beamten, die türkischen und fremden Schulen, die einheimischen und fremden Notabeln und die Bevölkerung aller Klassen bei der gestrigen Zeremonie, die ein historisches Datum für die ottomanische Nation sei, zum Ausdruck gebracht hätten. Er sei auch hoch befriedigt von der Ordnung, von der er sich selbst überzeugt habe. — Während der gestrigen Zeremonie gab der Sultan wiederholt seiner Freude über die errungene Freiheit und die Verfassung, sowie dem Wunsche Ausdruck, daß sie erhalten bleiben möge.

Zur Lage in Persien.

Frankfurt a. M. Wie die „Frankf. Ztg." aus Teheran meldet, hat ihr Korrespondent vom dortigen Ministerium des Aeußeren erfahren, daß die Nationalisten die Auslieferung von 16 Personen aus der Umgebung des Schahs und die Abdankung des Schahs oder seine Entfernung aus dem Lande für mehrere Jahre verlangen. Die Umzingelung Teherans ist vollständig durchgeführt. Man befürchtet blutige Zusammenstöße.

Petersburg. Nach hierher gelangter Nachricht wurde der Korrespondent der „Petersburger Telegraphen-Agentur" im Lager bei Täbris von Satar-Khan empfangen, der in längerer Unterredung sich dahin äußerte, er betrachte die Russen als werte Gäste, die gekommen seien, um der armen Bevölkerung Hilfe zu bringen. Sein einziges Ziel sei das Volkswohl. Er und seine Gesinnungsgenossen trauten dem Schah nicht, weil dieser sein Wort gebrochen habe. Durch seine Handlungsweise habe der Schah das Land ruiniert und doch nichts erreicht. Vom Schah erwarten er und seine Gesinnungsgenossen nichts. Sie wünschen nur die Wiederherstellung der vom Vater des Schahs gegebenen Konstitution, aber unbedingt unter der Garantie der Mächte, so daß sie nicht mehr verletzt werde. Bis dahin würden sie die Waffen nicht niederlegen. An Waffen hätten sie Ueberfluß, da ein großes Arsenal in Täbris in ihren Händen sei. Wenn der Schah ihn nach Wiederherstellung der Ordnung zu seinem Dienste berufe, werde er bereitwilligst diesem Rufe folgen.

Petersburg. Nach hier eingegangenen Meldungen aus Seistan kam dort eine große, nach Afghanistan bestimmte Karawane von 400 Kamelen mit Konterbande, bestehend aus Waffen und Munition, durch, die die Behörde außerstande war, anzuhalten.

Der Prozeß Lopuchin.

Petersburg. Vor einem besonderen Gerichtshofe für politische Verbrechen unter dem Vorsitze des Senators Warwarin und unter Teilnahme von Vertretern der Stände, unter ihnen des Rigaer Stadthauptes Arnitstädt, begann heute vormittag der Prozeß Lopuchin. Der Saal war überfüllt. Von den Zeugen waren der im Auslande weilende frühere Chef der Petersburger politischen Polizei Gerassimow, der Beamte des Polizeidepartements Ratschkowski und die Beamten der politischen Polizei Kalatew und Odartschen nicht erschienen. — Lopuchin ist des Hochverrates sowie der geheimen Teilnahme an revolutionären Gesellschaften beschuldigt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ein Nachspiel zum Patientenschacher-Prozeß, die Privatklage des Professors Senator gegen den verantwortlichen Redakteur der „B. Z. a. M." Dr. Fritz Auer beschäftigte heute das Amtsgericht Berlin Mitte. Die Verhandlung endete mit einem Vergleich, wonach der Privatbeklagte erklärt: Ich habe mich auf der heutigen Verhandlung davon überzeugt, daß die von dem Herrn Privatkläger nach seinem und der Zeugen Angaben an Dolmetscher und andere Personen in seltenen Ausnahmefällen gezahlten geringfügigen Beträge nicht als Provision oder als Entgelt für die Zuführung von Patienten gezahlt wurden oder auch nur im entferntesten in diesem Sinne aufgefaßt werden können. Soweit in dem zur Privatklage gestellten Artikel ein solcher Vorwurf erhoben worden ist, nehme ich ihn zurück. Ich übernehme die Kosten des Verfahrens.

Leipzig. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Handlungsgehilfen Richard Henkel, der vom Schwurgericht I Berlin am 24. März wegen der am 8. Dezember verübten Ermordung des Juweliers Frankfurter in Wien zum Tode verurteilt worden war. Bemängelt war in der Revision die Fragestellung. Das Reichsgericht entschied, die Fragestellung, die nach deutschem und österreichischem Gesetz erfolgte, sei rechtlich nicht zu beanstanden.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Unter dem Verdachte, den Raubmordversuch an dem Coupletsänger Wittmack verübt zu haben, wurde der 18jährige Metalldreherlehrling T. Sauton festgenommen.

Karlsruhe. Der König und die Königin von Württemberg sind zum Besuche des Hofes heute mittag hier eingetroffen.

München. (Priv.-Tel.) Zum Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs von München und Freising, von Stein, wird, wie verlautet, Freiherr v. Ow, derzeit Bischof von Passau, ernannt werden.

Graz. (Priv.-Tel.) Der nach 11 Uhr abends von Graz nach Marburg fahrende Theaterzug stieß heute früh in Pössnitz bei Marburg mit dem Kärntner Schnellzug zusammen. Ein Malermeister aus Marburg ist tot, zwei Reisende schwer verletzt.

Ajaccio. Das Personal der Eisenbahn auf Korsika ist in den Ausstand getreten und verlangt die Verstaatlichung des Eisenbahnnetzes.

Paris. Nachrichten aus Fez zufolge sollen sich die Beni-Mter einem Schwager Mulen Hafids unterworfen haben, der dorthin kommt, um eine Verständigung mit dem Sultan anzubahnen.

Sofia. Die bulgarische Regierung hat an die Großmächte das schriftliche Ersuchen gerichtet, mit Rücksicht auf die Unabhängigkeit Bulgariens die feststehenden Kapitulationsrechte aufzuheben und mit Bulgarien Konsularverträge abzuschließen.

Sofia. Die Nachricht auswärtiger Blätter von einem angeblichen Uebereinkommen Bulgariens mit Rußland betreffend die Errichtung russischer Kohlenstationen in den Häfen Varna und Burgas wird von der „Agence Bulgare" für vollständig unbegründet erklärt.

(Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 201,80. Diskonto 186,80. Dresdner Bank 152,60. Staatsbahn 152,60. Lombarden 18 10. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. Ruhig.

Paris nachm. 3 Uhr. Rente 97.50. Italiener 104 30. Neue Portugiesen 61,90. Spanier 98,75. Türken (unific. Anl. 92 95. Türkenlose —,—. Staatsbahn 767,—. Lombarden —,—. Ottomanbank 719.— Träge.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Mai 26,40, per September-Dezember 24,40, stetig. Rüböl per Mai 67,50, per September-Dezember 67,75, flau. Spiritus per Mai 49,25, per September-Dezember 38,—, stetig.

Oertliches und Sächsisches.

— Der König hat genehmigt, daß der in Sachsen staatsangehörige Dr. sc. pol. Külz in Bückeburg das Ritterkreuz 1. Klasse des braunschweigischen Ordens Heinrichs des Löwen annehme und trage.

— Wie einem Teile der Leser bereits gemeldet, ist Herr Arthur Grant-Duff zum englischen Gesandten in Dresden ernannt worden. Die Zeit seines Antrittes steht noch nicht fest. Herr Grant-Duff wurde 1861 geboren und ist seit 1906 Minister-Resident in Kuba. — Zum englischen Gesandten in München ist Herr Ralph Paget ernannt worden.

— Herr Leutnant Reichenbach, der bei den Uebungen in Zeithain an einem Bahnübergange in der Nähe von Röderau mit dem Pferde so unglücklich stürzte, daß er mit dem Kopfe auf die Eisenbahnschienen schlug und einen doppelten Schädelbruch erlitt, ist gestern morgen seinen Verletzungen erlegen. Der so jäh aus dem Leben Geschiedene war Adjutant im Königl. Feldartillerie-Regiment Nr. 32 in Riesa.

— **Der Reiseerlaß des preußischen Eisenbahnministers** ist pünktlich, wie in den Vorjahren, erschienen. Diesmal betont Minister v. Breitenbach neben der Notwendigkeit einer glatten Abwicklung des Personen- und Gepäckverkehrs überhaupt die strengste Befolgung der Anordnungen, die zur Verhütung der Ueberfüllung der Wagenabteile durch Handgepäck getroffen worden sind. Diesen scheine, wie verschiedene Klagen erkennen lassen, in letzter Zeit nicht mehr die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt zu werden. Der Minister erinnert an seinen vorjährigen Erlaß, der sich mit Schärfe gegen das Gebaren „rücksichtsloser Reisender" richtete, die schwere und zahlreiche Gepäckstücke in die Wagen tragen, anstatt sie an der Gepäckabfertigung aufzugeben, und die zuweilen sogar ihre Sachen in Nachbarabteilen verstauen und dadurch die Rechte ihrer Mitreisenden verkümmern und die Bequemlichkeit beeinträchtigen. Unnachsichtlich sollen in derartigen Fällen die Bahnsteigschaffner an der Sperre einschreiten und die Gepäckträger es ablehnen, als Handgepäck unzulässig schwere Koffer usw. in die Wagenabteile zu tragen. Die Zugbeamten sind streng angewiesen, darauf zu halten, daß jeder Reisende nicht mehr Raum für Handgepäck in Anspruch nimmt, als ihm nach der Verkehrsordnung zusteht. Die Schaffner, namentlich in Durchgangszügen, dürfen nicht erst die Beschwerden benachteiligter Reisender abwarten, sondern müssen von vornherein auf die Unterbringung des Handgepäcks achten. Ferner erinnert der Minister an die ordnungsmäßige Unterbringung der Reisenden in den Zügen, für die, neben dem Zugpersonal, auch die Stationsbeamten zu sorgen haben. Dabei ist die Besetzung der Züge sorgfältig zu beobachten, damit hinzukommende Reisende nicht auf und ab zu hasten brauchen, sondern alsbald geeignete Plätze angewiesen erhalten; Familien und Gesellschaften sind möglichst in demselben Abteil unterzubringen, allein reisende Frauen in Abteile zu weisen, in denen sich schon Frauen befinden, gegen Verstöße gegen die Benutzung der Frauen- und Nichtraucher-Abteile usw. ist ohne besondere Aufforderung aus eigenem Antriebe einzuschreiten. „Zu weit gehende Ansprüche der Reisenden sind höflich abzulehnen." Endlich wird den Dezernenten der Königl. Eisenbahndirektionen wiederum empfohlen, auch während der diesjährigen Reisesaison sich zu stark besetzten Zügen von Zeit zu Zeit selbst auf die Bahnhöfe zu begeben und davon zu überzeugen, daß für eine sichere und bequeme Unterbringung der Reisenden durch das Personal gesorgt wird; eine scharfe, persönliche Beobachtung des Reiseverkehrs werde die Beamten auch in den Stand setzen, selbst zu beurteilen, wieweit Aenderungen geboten oder erwünscht erscheinen.

— **Meißner Konferenz.** Die unter dem Namen Meißner Konferenz bekannte, alljährlich einmal stattfindende Zusammenkunft von Geistlichen und Laien der verschiedensten Kreise der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Meißen nahm am Montag abend unter sehr starker Beteiligung ihren Anfang. Nach einer Vorstandssitzung fand die erste Versammlung abends im Saale des „Burgkellers" statt. Herr Geh. Kirchenrat Professor D. Rietschel aus Leipzig eröffnete die Verhandlungen. Das erste Beratungsthema lautete: „Moderne Dichtung und christliche Weltanschauung". Referent hierzu war Herr Pfarrer Dr. Schröder aus Beicha.

Den zweiten Tag der Meißner Kirchen- und Pastoralkonferenz leitete vormittags ½9 Uhr ein Gottesdienst in der Stadtkirche mit Predigt des Herrn Pastors Scherffig von der Peterskirche in Leipzig ein. Um 10 Uhr nahm im Saale des Königlichen Burgkellers die zweite, sehr stark besuchte Sitzung ihren Anfang. Der Eröffnung und Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Herrn Geh. Kirchenrat Prof. D. Rietschel-Leipzig folgte ein theologisch-wissenschaftlicher Vortrag des Herrn Pastors Lic. theol. Wustmann aus Chemnitz über das Thema: „Besteht zwischen dem Evangelium des Paulus und der Verkündigung Jesu ein Gegensatz?" Das weitgehendste öffentliche Interesse verdienten die Verhandlungen der Konferenz über die viel besprochenen sogenannten Zwickauer Thesen des Sächsischen Lehrervereins zur Umgestaltung des Religionsunterrichts in den Volksschulen. Herr Geh. Kirchenrat Professor D. Rietschel-Leipzig erörterte in einem einleitenden Referate die Frage, ob die Zwickauer Thesen des Sächsischen Lehrervereins geeignet sind, als Grundlage für die Umgestaltung des Religionsunterrichts in der Volksschule zu dienen? Das Referat verteidigte folgende Leitsätze: 1. die aus Kompromissen erwachsenen Zwickauer Leitsätze schließen völlig unvereinbare Gegensätze in sich und sind in ihrer unbestimmten Fassung den willkürlichsten Deutungen an den wesentlichen Punkten ausgesetzt. 2. Die Behauptung, der Religionsunterricht sei „eine selbständige Veranstaltung der Volksschule" (Leitsatz 1) verkennt das Recht des christlichen Hauses, sowie der Gemeinde, und führt zu einer durchaus unevangelischen Hierarchie der Lehrerschaft, die sich allein das Verständnis der Kindesseele zuspricht und die Entscheidung über die religiöse Erziehung der Kinder für sich allein in Anspruch nimmt. (Leitsatz 3.) 3. Die der Volksschule gestellte Aufgabe, „die Gesinnung Jesu im Kinde lebendig zu machen" (Leitsatz 2) ist tatsächlich unausführbar, weil aus der Gesinnung Jesu das auch von den drei ersten Evangelien (den sogenannten Synoptikern) bezeugte Bewußtsein von seiner einzigartigen, alle Menschen überragenden Stellung nicht willkürlich ausgeschieden werden darf. Es ist diese Bestimmung der vom Religionsunterrichte zu erfüllenden Aufgabe um so weniger genügend, als daraus das Recht abgeleitet worden ist, daß selbst überzeugte Atheisten ohne Verleugnung ihrer Anschauung den Religionsunterricht erteilen können. 4. Der vom Katechismus handelnde Leitsatz 5 ist in seiner Fassung, „die niemand hindert und niemand verpflichtet" völlig inhaltleer und unfähig, den Lehrplan des Religionsunterrichts wirksam zu bestimmen. Er macht es möglich, daß er, wie es tatsächlich geschehen ist, dazu verwendet werden kann, nicht nur die christliche Religion, sondern auch die christliche Ethik aus der Volksschule auszuscheiden. Dennoch läßt gerade Leitsatz 5 mit seiner Kritik des bisher vielfach üblichen Katechismusunterrichtes, sowie auch Leitsatz 4 durch seine zur Belebung des Religionsunterrichts erhobenen Forderungen das Verlangen nach einer Reform des Religionsunterrichts als berechtigt erscheinen. Nur hat die Reform nicht in der Beseitigung des Katechismus, sondern in seiner rechten Behandlung zu bestehen. 5. Die Forderung, „daß der Religionsunterricht mit den Ergebnissen der Wissenschaft in Einklang stehen müsse" (Leitsatz 8) gibt dem willkürlichsten Subjektivismus freien Spielraum, wie denn tatsächlich von Vertretern der Lehrerschaft selbst der naturalistische Monismus als solch gesichertes Ergebnis und als das maßgebende Dogma verkündigt worden ist. Dasselbe gilt von der Betonung des geläuterten sittlichen Empfindens unserer Zeit, wie zum Beispiel ein Blick auf die mannigfaltigen Formen der moderner Ethik zeigt. 6. Bevor nicht eine Klärung und Scheidung der unvereinbaren Gegensätze innerhalb der Lehrerschaft eintritt, ist eine Wiederherstellung des tieferschütterten gegenseitigen Zutrauens zwischen Kirche und Schule nicht möglich. Es ist deshalb in erster Linie nötig: a) daß der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins veranlaßt wird, vor der Oeffentlichkeit ebenso entschieden wie unzweideutig zu erklären, wie er über die vor allem in der „Leipziger Lehrerzeitung" vertretenen radikalen Anschauungen und ihr Bestreben, sich innerhalb des zu erwartenden neuen Schulgesetzes Geltung zu verschaffen, denkt; b) daß den einzelnen Mitgliedern des Sächsischen Lehrerverein, wie sie in den Bezirks- und Zweigvereinen vereinigt sind, zu voller Klarheit über die tatsächlichen Verhältnisse geholfen wird, damit sie daraufhin ihre Entscheidung treffen können. — Dieses Referat führte zu einer langen Debatte, in welcher der Ernst der Situation in mannigfacher Form anerkannt wurde. Schließlich nahm die Versammlung folgende Resolution an: „1. Die Konferenz hält die vom Sächsischen Lehrerverein in Zwickau angenommenen Leitsätze zur Reform des Religionsunterrichtes nicht für geeignet als Grundlage für die Reform dieses Unterrichts in der Volksschule zu dienen. 2. Sie lehnt die Leitsätze vor allen Dingen deshalb ab, weil sie in ihrer unbestimmten Fassung die verschiedensten Deutungen zulassen und sogar solchen Bestrebungen Raum geben, die den Religionsunterricht derartig von jedem Bekenntnis zu den christlichen Grundwahrheiten entleeren, daß er auch von Atheisten ohne Verleugnung ihrer Anschauungen erteilt werden kann. 3. Sie hält das Vertrauen der Kirche zu der sächsischen Lehrerschaft nur unter der Bedingung für möglich, daß zuvörderst von der Reformbewegung derartige Bestrebungen in Zukunft ausgeschieden werden. 4. Sie wendet sich deshalb an die Lehrerschaft Sachsens und hofft von ihrem religiösen Ernst gegenüber derartigen Bestrebungen eine entschiedene unzweideutige Absage. 5. Sie spricht endlich die Hoffnung aus, daß sich Kirche und Schule in gegenseitigem Vertrauen zur gemeinsamen Arbeit an der ihnen in gleicher Weise am Herzen liegenden Reform des Religionsunterrichtes zusammenfinden werden."

— **Internationale Photographische Ausstellung Dresden 1909.** Unter den vielen Gruppen dieser internationalen

SLUB
Wir führen Wissen.